

Superrotes Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ

linz.kpoe.at



Seit 15 Jahren gehört Gerlinde Grün dem Linzer Gemeinderat an und hat sich als „soziales Gewissen“ profiliert.

Sozial ohne Wenn und Aber

Am 12. Jänner 2025 wählt Linz ein neues Stadtoberhaupt. Die KPÖ schickt Fraktionsvorsitzende Gerlinde Grün ins Rennen um den Bürgermeistersessel.

Gerlinde Grün ist seit 15 Jahren Gemeinderätin in Linz. Auf ihre Initiative wurde unter anderem der Kautionsfonds für Mieterinnen und Mieter eingeführt und zuletzt

ein neues Schulstartpaket für einkommensschwache Familien beschlossen. Sie steht für eine solidarische Stadtpolitik. Eine Politik, die niemanden zurücklässt,

das soziale Leistungsangebot ausbaut, die Verkehrswende wagt, demokratische Mitbestimmung fördert und die Klimakrise ernst nimmt.



Michael Roth-Schmid
KPÖ-Gemeinderat

Graz hat's, Linz braucht's

Die Nationalratswahlen sind gerade erst vorbei, doch durch den Rücktritt von Bürgermeister Klaus Luger stehen in Linz bereits Neuwahlen an. Meine Fraktionsvorsitzende und Gemeinderatskollegin Gerlinde Grün tritt nun als Kandidatin für das Bürgermeisteramt an.

In Graz führt seit 2021 mit Elke Kahr eine KPÖ-Bürgermeisterin die Stadt. Wer nach Graz schaut, erkennt, dass die KPÖ keineswegs eine Bedrohung darstellt – im Gegenteil. Mehr Graz in Linz würde der Stadt gut tun. Mit einer engagierten Politik und einer

Perspektive von unten lässt sich viel für die Bevölkerung erreichen.

Dafür steht auch Gerlinde Grün, die mit 15 Jahren Erfahrung im Gemeinderat weiß, wie man Politik für und mit Menschen macht.



Das soziale Gewissen

Vieles wird nun wieder in der Bürgermeister*innenwahl versprochen. Alles soll nach dem LIVA-Skandal besser werden.

Meine Partei hat mich als Bürgermeisterkandidatin für die Wahl nominiert. Mein Anliegen ist es den Blick von unten in diese Wahl einzubringen. Damit bei all der Kraftmeierei im Rennen um das Amt nicht auf das Vergessen wird, was für viele entscheidend ist: nämlich eine soziale Politik, die auf niemanden vergisst. Von Denkmälern, die sich mächtige Politiker gerne setzen, kann sich niemand was kaufen.

Ich habe in meiner 15jährigen Tätigkeit als Gemeinderätin gezeigt, dass man auch als kleine Partei einiges bewegen kann, wenn man nicht nach Geld und Posten schießt. Sondern sich den Blick für die Alltagsorgen der Menschen bewahrt. Und der Blick nach Graz zeigt, dass die KPÖ mit ihrer Bürgermeisterin Elke Kahr auch das hält, was sie vor den Wahlen versprochen hat. Und das gilt auch für mich in Linz.

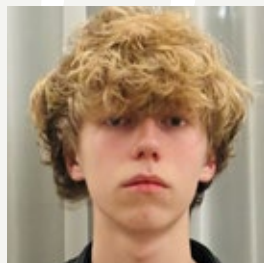
Gerlinde Grün
KPÖ-Fraktionsvorsitzende

Hotspot

Meinungen zu einem aktuellen Thema

Was braucht die Linzer Stadtpolitik?

Die Brucknerhaus-Affäre hat zum Rücktritt von Klaus Luger geführt und eine Neuwahl des Stadtoberhauptes erforderlich gemacht. Zur Halbzeit der Gemeinderatsperiode ein Anlass zur kritischen Betrachtung der Stadtpolitik. Dazu einige Meinungen und Erwartungen.



Luca Roth

Schüler und Erstwähler

Linz fehlt es enorm an öffentlichem Raum. Personen, die nicht in die gehobene Gesellschaft passen, werden systematisch aus dem Stadtbild verdrängt. Die Neuwahlen, welche wir der Brucknerhausaffäre zu verdanken haben, ist nur die Krönung der Verlogenheit der bürgerlichen Parteien. Deshalb braucht es eine ehrliche Alternative, welche ich in der KPÖ gefunden habe.



Elisabeth Lacher

Kulturaktivistin

Die Freie Szene setzt mit ihrem kulturellen und medialen Angebot wichtige Impulse für die Stadt und ist ein wichtiger Motor für die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft. Von der Politik braucht es ausreichend finanzielle Mittel für diese wichtige Arbeit.



Leo Furtlehner

von 1986-1991 KPÖ-Gemeinderat in Linz

Die Direktwahl hat zu einer „Überhöhung“ der Bürgermeister geführt, wie der Fall Luger gezeigt hat. Daher muss die Kompetenz und Bedeutung des Gemeinderates unbedingt aufgewertet werden. Etwa durch ein Anfragerecht auch in Bezug auf die städtischen Unternehmen. Mehr Transparenz und Kontrolle sind notwendig.

Wollen Sie Infos? Wenn Sie mehr über die Linzer KPÖ wissen wollen:

+43 (0) 732 652156

(Mo-Do 9-12 Uhr, Di 15-18 Uhr)

linz@kpoe.at

linz.kpoe.at

KPÖ-Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz

facebook.com/kpoe.ooe

bsky.app/kpoelinz

instagram.com/kpoe_linz

tiktok.com/kpoe_linz



Das Brucknerhaus steht symbolisch nicht nur für den Fall von Bürgermeister Luger, sondern auch für die Intransparenz der städtischen Unternehmen.

Splitter aus dem Gemeinderat

Schau auf Linz

Mit der Neugestaltung der digitalen Plattform „Schau auf Linz“ wurde diese auf eine App reduziert und Möglichkeit Beschwerden und Anliegen über die Webseite einzureichen abgeschafft. Anlass für einen KPÖ-Antrag im September 2024 die Plattform im Sinne einer offenen und demokratischen Kommunalverwaltung wieder als Webversion und mit Kommentarfunktion der Linzer Bevölkerung zur Verfügung zu stellen – was aber von SPÖ, ÖVP, FPÖ und NEOS abgelehnt wurde.

Frauenberatung

Ein Antrag der KPÖ, gemeinsam mit dem Linzer Frauenbüro ein Konzept für eine niederschwellige Frauenberatung vor Ort zu entwickeln und umzusetzen, wurde bei der September-Sitzung des Gemeinderates einstimmig zur weiteren Beratung dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.

Hundefreilauf

Im Zusammenhang mit Beschwerden von Anrainer*innen, Besucher*innen und Hundehalter*innen urgierte KPÖ-Gemeinderat Michael Roth-Schmida Aufklärung über die Verlegung der Hundefreilaufzone im Wasserwald. In der Beantwortung verteidigte jedoch der zuständige Stadtrat Michael Raml die Verlegung.

Schulstartgeld

Die Zustimmung aller Parteien fand der Dringlichkeitsantrag der KPÖ bei der Juni-Sitzung des Gemeinderates, mit dem Sozialreferentin Vizebürgermeisterin Karin Hörzing ersucht wurde, auch für das Schuljahr 2024/25 wieder ein Schulstartpaket für Linzer Schüler*innen bereitzustellen.

Aktuell, Nummer 9, Dezember 2024

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel.: +43 (0) 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, Druck: druck.at, Leobersdorf
Fotos: Meister Eder, Scheinost, Archiv

Sozial ohne Wenn und Aber

Der ehemalige Linzer Bürgermeister musste wegen Postenschacher und Vertuschung rund um die Bestellung des künstlerischen Leiters der LIVA (Linzer Veranstaltungsgesellschaft) zurücktreten. Das macht nun am 12. Jänner 2025 eine Bürgermeisterwahl notwendig. Eine Gelegenheit für eine Kehrtwende in der Stadtpolitik?

Wer die Linzer Kommunalpolitik verfolgt, wurde schon öfter mit Skandalen und Fehlentscheidungen konfrontiert. Besonders in Erinnerung bleibt der SWAP, ein Spekulationsgeschäft auf Schweizer Franken aus der Ära Dobusch. Erst ein Vergleich in der Höhe von zwölf Millionen Euro beendete 2023 das Finanzdebakel. Auch die Aktenaffäre von 2016 führte zu hohen

Kosten ohne das politische Konsequenzen folgten. Nun wirbelt die LIVA-Affäre viel Staub auf. Die Machtfülle des Bürgermeisters als Eigentümervertreter und Aufsichtsratsvorsitzender schuf die Basis für den Machtmissbrauch. Die KPÖ sieht sich in ihrer langjährigen Kritik an der Auslagerung gemeinderätlicher Kompetenzen an den Stadtsenat und ausgelagerten

Gesellschaften bestätigt. Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und mangelnde Kontrolle führen zu Geheimniskrämerei und Eigenmächtigkeiten. Die KPÖ fordert daher ein gemeinderätliches Anfragerecht für die ausgegliederten Gesellschaften der Stadt und die Veröffentlichung der Kontrollamtsberichte als erster Schritt hin zu mehr Transparenz und Kontrolle. Auch die Holdingstruktur muss reformiert werden. Der Gemeinderat muss wieder mehr Mitspracherecht bei der Daseinsvorsorge bekommen. Die Preisgestaltung bei Tarifen und Gebühren sollten dem direkten Einfluss des Gemeinderats unterliegen. Die KPÖ wird sich für diese Kehrtwende für mehr Demokratie, Transparenz und die Stärkung des Gemeinderats weiterhin einsetzen.

Aktuelle Termine



Mittwoch, 8. Jänner 2025

Treffen Sie KPÖ-Bürgermeisterin Elke Kahr (Graz) und KPÖ-Fraktionsvorsitzende Gerlinde Grün

Alle Veranstaltungstermine mit diesem QR-Code abrufen



KPÖ fordert Umgestaltung der Rudigierstraße

Die KPÖ setzt sich für eine Verbesserung der Verkehrs- und Raumgestaltung ein. Bei der letzten Gemeinderatssitzung brachte KPÖ-Gemeinderat Michael Roth-Schmida einen Antrag ein, die Rudigierstraße neu zu gestalten. Ziel ist es, den Verkehrsfluss zu optimieren und den Straßenraum besser zu nutzen.

Konkret schlägt Roth-Schmida vor, die Haltestelle Mariendom in Richtung Mozartkreuzung in eine Kap-Haltestelle umzuwandeln. Dadurch wird der öffentliche Verkehr nicht beeinträchtigt, während gleichzeitig die Busspur entfernt und die gewonnenen Flächen für eine Erweiterung des Gehwegs und des Haltestellenbereichs

genutzt werden können. Durch die Umgestaltung könnte zudem Platz für eine zusätzliche Linksabbiegespur für Autos zur Seilerstätte und zur Tiefgarage geschaffen werden, was zu einer Verringerung von Verkehrsbehinderungen führen soll. Der Antrag wurde einstimmig dem Verkehrsausschuss zugewiesen.

Verbauung von Grünland in Linz-Auhof gestoppt

Der geplante Standort der Digitaluni (IT:U) wurde nach dem Rücktritt von Bürgermeister Klaus Luger nun gestoppt. Sein Interims-Nachfolger Dietmar Prammer hat eine Kehrtwende vollzogen und sich gegen das 235 Millionen Euro teure Bauprojekt im Grüngürtel von Urfahr entschieden.

Anfang November wurde das Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplans beendet, was auch das Aus des Masterplans für Betriebsansiedelungen an diesem Standort bedeutet. Der Stopp des Projekts ist auch ein Erfolg der Bürgerinitiativen, die sich gegen die weitere Verbauung und Versiegelung des Grüngürtels eingesetzt haben.

Auch die KPÖ hat sich von Anfang dagegen ausgesprochen. Für die KPÖ ist die Digitaluni ein neoliberales Vorzeigeprojekt auf Kosten der Allgemeinheit. Die gesamte IT:U, einschließlich der Vorgehensweise mit Bau im Grünen, verdeutlichen die klare Ausrichtung auf Wirtschaftsinteressen.

Kleine Fraktion – große Wirkung

Viel erreicht hat die KPÖ im Gemeinderat, trotz der kleinen Fraktionsstärke. Seit 2021 ist die KPÖ mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten und erreichte damit Fraktionsstatus und das Antragsrecht.

Die Arbeit der KPÖ spiegelt kontinuierlich eines wider – den Blick von unten und den Fokus auf die wirklichen Anliegen der Menschen. So konnte in all den Jahren viel bewirkt werden.

Der Kautionsfonds hilft Menschen mit geringem Einkommen bei der Wohnungssuche. Dabei werden die Kosten für eine Kautions von der Stadt Linz vorgestreckt. Die vergünstigte Saisonkarte für die Linz AG Bäder für all jene mit Aktivpass, sowie die Verlängerung des Schulstartpakets wären ohne die KPÖ nicht umgesetzt worden.

Auch die einmalige Erhöhung des Heizkostenzuschusses mittels Gutscheine im Jahr 2022 geht auf unsere Initiative zurück. Bemühungen für mehr Sichtbarkeit von Frauen bei Straßennamen sowie die Pflege von antifaschistischer Denkmäler ist ebenso Teil unserer kommunalpolitischen Arbeit.

Mit der KPÖ ist eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit und Mobilitätswende vertreten. Eine Stimme die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.



Christina Pree
Sozialwirtin, Bezirkssprecherin
der Linzer KPÖ